

GUTACHTEN NR. 60.385/3 DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG DES STAATSRATES VOM 2. DEZEMBER 2016 ÜBER EINEN ENTWURF EINES KÖNIGLICHEN ERLASSES 'ZUR FESTLEGUNG DES VERFAHRENS, GEMÄSS DEM DER KÖNIG EINEN TERRORAKT IM SINNE VON ARTIKEL 42BIS DES GESETZES VOM 1. AUGUST 1985 ANERKENNEN KANN'

Der Greffier
A. Goossens

Der Vorsitzende
J. Baert

16. FEBRUAR 2017 — Königlicher Erlass zur Festlegung des Verfahrens, gemäß dem der König einen Terrorakt im Sinne von Artikel 42bis des Gesetzes vom 1. August 1985 anerkennen kann

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!
Aufgrund der Artikel 37 und 108 der Verfassung;
Aufgrund des Gesetzes vom 1. August 1985 zur Festlegung steuerrechtlicher und anderer Bestimmungen, des Artikels 42bis Absatz 1;
Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 6. Oktober 2016;
Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 27. Oktober 2016;
Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;
Aufgrund des Gutachtens Nr. 60.385/3 des Staatsrates vom 2. Dezember 2016, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;
Auf Vorschlag des Ministers der Justiz und des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Für die Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. "Gesetz vom 1. August 1985": das Gesetz vom 1. August 1985 zur Festlegung steuerrechtlicher und anderer Bestimmungen,
2. "Ausschuss": den in Artikel 5 des Gesetzes vom 1. April 2007 über die Versicherung gegen Terrorschäden erwähnten Ausschuss.

Art. 2 - Der König entscheidet auf Vorschlag des für Justiz zuständigen Ministers durch einen im Ministerrat beratenen Erlass, ob eine Tat einen Terrorakt im Sinne von Artikel 42bis Absatz 1 des Gesetzes vom 1. August 1985 darstellt.

Art. 3 - § 1 - Der für Justiz zuständige Minister legt die Akte an.

Er holt die Stellungnahme des Ausschusses und des Föderalprokurators ein.

Darüber hinaus kann er sich unter anderem vom Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse und vom Generalprokurator des Bereichs, wo die Tat erfolgt ist, alle relevanten Informationen übermitteln lassen.

§ 2 - Ist die Tat im Ausland erfolgt, wird ebenfalls die Stellungnahme des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten beantragt.

Art. 4 - Der für Justiz zuständige Minister und der für Auswärtige Angelegenheiten zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 16. Februar 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten

D. REYNDERS

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2017/12626]

16 FEVRIER 2017. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 18 décembre 1986 relatif à la commission pour l'aide financière aux victimes d'actes intentionnels de violence et aux sauveteurs occasionnels. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 16 février 2017 modifiant l'arrêté royal du 18 décembre 1986 relatif à la commission pour l'aide financière aux victimes d'actes intentionnels de violence et aux sauveteurs occasionnels (*Moniteur belge* du 3 mars 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2017/12626]

16 FEBRUARI 2017. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 18 december 1986 betreffende de commissie voor financiële hulp aan slachtoffers van opzettelijke gewelddaden en aan de occasionele redders. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 16 februari 2017 tot wijziging van het koninklijk besluit van 18 december 1986 betreffende de commissie voor financiële hulp aan slachtoffers van opzettelijke gewelddaden en aan de occasionele redders (*Belgisch Staatsblad* van 3 maart 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

[C – 2017/12626]

16. FEBRUAR 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 16. Februar 2017 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

16. FEBRUAR 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

vorliegender Königlicher Erlass bezweckt die Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern, um die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern (nachstehend die Kommission) zu stärken, um den Opfern vorsätzlicher Gewalttaten oder den Terroropfern zu ermöglichen, Anspruch auf eine höhere finanzielle Hilfe zu erheben, und um den Erlass mit den jüngsten Anpassungen, die am Gesetz vom 1. August 1985 zur Festlegung steuerrechtlicher und anderer Bestimmungen (nachstehend das Gesetz) angebracht worden sind, in Einklang zu bringen.

Der Höchstbetrag der Verfahrenskosten ist angehoben worden, sodass die Kommission die abgeänderten Gesetzesbestimmungen in Bezug auf die Gewährung einer finanziellen Hilfe für die Verfahrensschädigung (Art. 32 des Gesetzes) besser berücksichtigen können.

Der für Bestattungskosten vorgesehene Betrag wird verdreifacht, was den Angehörigen zugutekommen wird.

Die Kommission wird um zwei Kammern erweitert, damit sie besser in der Lage ist, die Anträge der Opfer binnen einer angemessenen Frist zu bearbeiten. Im Gesetz ist darüber hinaus aus denselben Gründen eine Aufstockung des Sekretariats der Kommission vorgesehen worden.

Vorliegender Erlass wird an die terminologische Änderung, die am Gesetz angebracht worden ist, angepasst. So werden die Wörter "stellvertretender Sekretär" gestrichen, weil sie auch im Gesetz nicht mehr vorkommen.

Schließlich ist Artikel 12 Absatz 2 des vorliegenden Erlasses angepasst worden, um den Verwaltungsaufwand des Sekretariats der Kommission zu verringern.

Vorliegender Erlass trägt dem Gutachten des Staatsrates (Gutachten Nr 60.386/3 vom 2. Dezember 2016) Rechnung.

Dies ist der Inhalt des Königlichen Erlasses, den ich die Ehre habe, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Minister der Justiz
K. GEENS

GUTACHTEN NR. 60.386/3 DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG DES STAATSRATES VOM 2. DEZEMBER 2016 ÜBER EINEN ENTWURF EINES KÖNIGLICHEN ERLASSES 'ZUR ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 18. DEZEMBER 1986 ÜBER DIE KOMMISSION FÜR FINANZIELLE HILFE ZUGUNSTEN VON OPFERN VORSÄTZLICHER GEWALTATTEN UND VON GELEGENHEITSRETTTERN'

Der Greffier,
A. Goossens,

Der Vorsitzende,
J. Baert

16. FEBRUAR 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Artikels 108 der Verfassung;

Aufgrund der Artikel 30 § 2 Absatz 1, 32 § 5 und 34^{sexies} des Gesetzes vom 1. August 1985 zur Festlegung steuerrechtlicher und anderer Bestimmungen, des Kapitels III Abschnitt II "Staatshilfe für Opfer von vorsätzlichen Gewalttaten und für Gelegenheitsretter" und Abschnitt IV "Staatshilfe für Terroropfer";

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 26. März 1991, 18. Mai 1998, 20. Juli 2000, 19. Dezember 2003 und 7. Dezember 2006;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 15. September 2016;
 Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 27. Oktober 2016;
 Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;
 Aufgrund des Gutachtens Nr. 60.386/3 des Staatsrates vom 2. Dezember 2016, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;
 Auf Vorschlag des Ministers der Justiz

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel 1 Nr. 1 des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die Kommission für finanzielle Hilfe zugunsten von Opfern vorsätzlicher Gewalttaten und von Gelegenheitsrettern wird wie folgt ersetzt:

"1. Gesetz: Kapitel III Abschnitt II "Staatshilfe für Opfer von vorsätzlichen Gewalttaten und für Gelegenheitsretter" und Abschnitt IV "Staatshilfe für Terroropfer" des Gesetzes vom 1. August 1985 zur Festlegung steuerrechtlicher und anderer Bestimmungen,".

Art. 2 - Artikel 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Die in Artikel 32 § 5 des Gesetzes erwähnten Höchstbeträge werden wie folgt festgelegt:

- 6.000 EUR für die Verfahrenskosten,
- 6.000 EUR für die Bestattungskosten,
- 1.250 EUR für materielle Kosten."

Art. 3 - Artikel 3 erster Satz desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Die Kommission besteht aus acht Kammern."

Art. 4 - In Artikel 8 desselben Erlasses werden Absatz 1 und Absatz 2 wie folgt ersetzt:

"Jeder Kammer steht der Sekretär oder der beigeordnete Sekretär bei, dessen Sprachrolle mit der Sprache übereinstimmt, in der die Sache behandelt wird.

Wenn eine Sache in Deutsch behandelt werden muss, steht der Kammer, bei der die Sache anhängig ist, ein Sekretär oder ein beigeordneter Sekretär bei, der eine elementare Kenntnis der deutschen Sprache nachweist."

Art. 5 - Artikel 12 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Das Sekretariat übermittelt dem Minister den Bericht. Der Minister verfügt über eine Frist von dreißig Tagen, um eine schriftliche Stellungnahme in zweifacher Ausfertigung abzugeben."

Art. 6 - Der für Justiz zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 16. Februar 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2017/12713]

8 JUIN 2017. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 18 novembre 2015 relatif à l'assistance en justice du personnel judiciaire ainsi que des magistrats et à l'indemnisation des dommages aux biens encourus par eux

PHILIPPE, Roi des Belges,
 A tous, présents et à venir, Salut.

Vu le Code judiciaire, l'article 259octies, § 9, inséré par la loi du 4 mai 2016, l'article 353bis, alinéa 2, et l'article 363, alinéa 4, insérés par la loi du 10 avril 2014 et modifiés par la loi du 4 mai 2016;

Vu l'arrêté royal du 18 novembre 2015 relatif à l'assistance en justice du personnel judiciaire ainsi que des magistrats et à l'indemnisation des dommages aux biens encourus par eux;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 27 juin 2016;

Vu l'accord de la Ministre du Budget, donné le 29 septembre 2016;

Vu l'accord du Ministre chargé de la fonction publique, donné le 3 novembre 2016;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2017/12713]

8 JUNI 2017. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 18 november 2015 betreffende rechtshulp aan het gerechtspersoneel en de magistraten en de schadeloosstelling van de door hen opgelopen zaakschade

FILIP, Koning der Belgen,
 Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op het Gerechtelijk Wetboek, artikel 259octies, § 9, ingevoegd bij de wet van 4 mei 2016, artikel 353bis, tweede lid, en artikel 363, vierde lid, ingevoegd bij de wet van 10 april 2014 en gewijzigd bij de wet van 4 mei 2016;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 november 2015 betreffende rechtshulp aan het gerechtspersoneel en de magistraten en de schadeloosstelling van de door hen opgelopen zaakschade;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 27 juni 2016;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 29 september 2016;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister belast met Ambtenarenzaken, gegeven op 3 november 2016;